

Sozialdemokratischer SPD Pressedienst

P/XXIX/146

5. August 1974

Ostpolitik in der Bewährung

Feststellungen zu einem hochaktuellen Thema

Von Prof. Dr. C.G. Schweitzer MdB
Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des
Deutschen Bundestages

Seite 1 bis 2a / 124 Zeilen

Der Erfolg von Jamaica

Europa und die Dritte Welt kamen einander näher

Von Ludwig Fellermaier MdB
Obmann der Arbeitsgruppe Europäisches Parlament
in der SPD-Bundestagsfraktion

Seite 3 und 4 / 59 Zeilen

Kohl fing sich in Biedenkopfs Netz

Beamteninflations-Agitation traf den Richtigen

Seite 5 und 6 / 45 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 408
Presshaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg

Detpolitik in der Gewährung

Feststellungen zu einem hochaktuellen Thema

Von Prof. Dr. G.C. Schweitzer MdB

Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages

Die Gestalter und Beeinflusser der bundesrepublikanischen Ost- und Deutschlandpolitik in Exekutive und Legislative werden sich in diesen nun auch in Bonn am Rhein heiß-schwülen Sommertagen nicht in eine Krisenstimmung vergangener August-Monate in der europäischen Geschichte hineinmanövrieren lassen - sei es im Hinblick auf unsere Beziehungen zur Sowjetunion oder zu Polen oder zur DDR.

Der sowjetisch-bundesrepublikanische Entspannungs- und Normalisierungsprozeß, wie er 1955 zunächst versucht, dann sehr bald wieder abgebrochen und schließlich endgültig nach der Unterzeichnung des Moskauer Vertrages von 1970 und des Viermächte-Berlin-Abkommens in Gang gebracht wurde, gehört inzwischen ebenso zu den friedensfördernden Realitäten der internationalen Politik wie der mit dem Warschauer Vertrag gelungene Durchbruch zu einer Aussöhnung zwischen dem polnischen und deutschen Volk nach jahrhundertelangen Verstrickungen. Die Völkerrechtler in Moskau wissen im Grunde, daß sich die Errichtung des Umweltbundesamtes in Berlin haargenau im Rahmen von Geist und Buchstaben des Berlin-Abkommens bewegt. Sie werden daher auf Dauer mit ihrer politischen Führungsspitze nicht der DDR zuliebe auf den krisengeschüttelten Zufahrtswegen nach Westberlin "Demonstrationen der Stärke" gutheißen können.

Im Ostblock ist man sich der Tatsache bewußt, daß sich für uns in der Bundesrepublik Deutschland das gesamte System der sogenannten Ostverträge als ein in sich ausgewogenes Paket eines allseitigen Interessenskompromisses darstellt und noch darstellt. Wer an einem Punkt dieses Paket aufschneürt - zumal in einer Frage, die wie die Aufrechterhaltung und Entwicklung unserer Beziehungen zu Westberlin zur Sphäre unserer vitalen Interessen zählt - , der riskiert das Auseinanderfallen des Ganzen einschließlich der so vielversprechenden Bemühungen um einen Abschluß der KSZE.

Auch in Warschau betreibt man letzten Endes keine Deutschlandpolitik losgelöst von Vitalinteressen des polnischen Volkes. Diese gebieten es, den mit der Unterzeichnung des Warschauer Vertrages so erfolgreich begonnene Normalisierungsprozeß kontinuierlich fortzusetzen und dabei alle sich aus einer unheilvollen Vergangenheit heraus doch hier und da noch auftürmende Hindernisse mit diplomatischer Geduld und Zähigkeit aus dem Wege zu räumen. In der Bundesrepublik Deutschland weiß man um den Stellenwert einer bundesrepublikanischen Wirtschafts- und Finanzhilfe für den polnischen Staatshaushalt einschließlich des industriellen und sozialen Sektors, d.h. im Hinblick sowohl auf benötigte Kredite und Investitionskapazitäten als auch auf die Befriedigung von Ansprüchen ehemaliger KZ-Häftlinge, Rentner usw.

Umgekehrt sollte man in der Volksrepublik Polen wissen, daß einerseits selbst unsere Möglichkeiten nicht unbegrenzt sind, wir andererseits aber von unserer nationalen Interessenlage her auf einem Fahrplan für die endgültige Lösung des Umsiedlerproblems bestehen müssen. Wer dem Gedanken einer europäischen Friedensordnung nicht nur Lippenbekenntnisse zollt, der muß davon ausgehen, daß auch und gerade die Außenpolitik in erster Linie um der Menschen willen gemacht werden muß. Auch über Grenzen hinweg wollen Menschen

zueinander kommen, wollen sie das ihnen zuletzt im "Pakt für staatsbürgerliche und politische Rechte" der Vereinten Nationen verbriefte Menschenrecht der ungehinderten Umsiedlung in ein von ihnen als Heimat empfundenes Gebiet in Anspruch nehmen.

Die deutsch-polnische Aussöhnung und Verständigung ist - eine solche Prognose darf man getrost wagen - nicht mehr rückgängig zu machen: Denk des mutigen Durchbruchs zu neuen Ufern, wie er mit der Ostpolitik der Regierung Brandt/Scheel erzielt worden war. Man sollte daher in diesen Wochen und Monaten, was das bundesrepublikanisch-polnische Verhältnis betrifft, immer wieder die vielen ermutigenden Aspekte neuer Beziehungen ins öffentliche Bewußtsein rücken. Die Menschen aller Berufsschichten finden immer zahlreicher zueinander, "entzerrn" ihre jeweiligen Fremdbilder voneinander. Allein schon die Zahlen sprechen hier eine deutliche Sprache.

So hat sich die Zahl der Reisenden im Zusammenhang mit kulturellen und sportlichen Veranstaltungen aus Polen in die Bundesrepublik von 2.143 im Jahre 1970 auf 3.641 im Jahre 1973, in umgekehrter Richtung aus der Bundesrepublik nach Polen von 1.871 auf 3.112 erhöht. Der allgemeine Reiseverkehr hat einen noch stärkeren Aufschwung erfahren. 1970 kamen 17.395 Reisende aus Polen in die Bundesrepublik gegenüber 63.958 im Jahre 1973, während 1970 aus der Bundesrepublik nach Polen 31.244 und im Jahre 1973 bereits 164.836 Personen fahren. In demselben Zeitraum hat sich auch der Gesamtumsatz des beiderseitigen Handels von 1.402,3 Millionen DM und im Jahre 1970 auf 3.853,2 Millionen im Jahre 1973 gesteigert. Heute gibt es nach polnischen Angaben über 140 - nach deutscher Zählung allerdings wesentlich weniger - Fälle einer deutsch-polnischen industriellen Kooperation - , unter anderem auf den Gebieten der Elektrotechnik, des Werkzeugmaschinenbaus und der Bekleidung.

Besonders vielversprechend dürfte die Verstärkung beiderseitiger Kontakte im wissenschaftlich-akademischen Bereich sein, da sich von hier aus mit Sicherheit mittel- und langfristige Perspektiven jeder Art ergeben. So konnte die Zahl der Stipendien von DAAD, DFG und Humboldt-Stiftung insgesamt von 123 im Jahre 1970 auf 576 im Jahre 1973 gesteigert werden, wobei im Programm des DAAD (Deutscher Akademischer Austauschdienst) schon jetzt mehr als die Hälfte auf polnische Wissenschaftler in der Bundesrepublik entfallen. Soeben ist ein neues Abkommen zwischen der Deutschen Forschungsgemeinschaft und der Polnischen Akademie der Wissenschaften unterzeichnet worden, wonach künftig bis zu "50-Mann-Wochen" für Kontakte von Wissenschaftlern je Jahr allein in diesem Bereich durchgeführt werden.

Hinzu kamen 1973 fünf Gastprofessoren aus Polen in der Bundesrepublik. In diesem Zusammenhang verdient besonders darauf hingewiesen zu werden, daß schon in diesem Sommer ein polnischer Wissenschaftler von international anerkanntem Rang die erst seit 1972 bestehende, für einen ausländischen Fachmann reservierte "Carl-von-Osiatzky-Gastprofessur für Friedens- und Konfliktforschung" an den beiden Banner Hochschulen einnehmen wird. Der Name dieser Professur stellt eine verpflichtende Symbolik dar, die Sache erst recht. Schließlich wäre - neben vielen anderen möglichen Bereichen - auch noch die Tatsache zu erwähnen, daß nunmehr auf fünf deutsch-polnischen Schulbuch-Konferenzen große Fortschritte erzielt werden konnten hinsichtlich der gemeinsamen Bereinigung der Darstellung in den Geschichtsbüchern beider Länder über das jeweils andere Land. Was die Verwirklichung der entsprechenden Empfehlungen betrifft, so ist uns sogar die polnische Seite voraus, weil sich angesichts unseres Kulturföderalismus bei uns immer wieder Schwierigkeiten ergeben. Alle diese und andere Bemühungen haben sich zweifellos befruchtend in einer ganz anderen Richtung ausgewirkt, d.h. in der, daß nunmehr erstmalig gemeinsame wissenschaftliche Veröffentlichungen gleichzeitig in beiden Ländern erarbeitet und veröffentlicht werden sollen.

Von der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag her wird es sowohl angesichts der eingetretenen Schwierigkeiten auf der amtlichen deutsch-polnischen Gesprächsebene als auch im Hinblick auf die dennoch weiterlaufende, ja verstärkte Kooperation in vielen Bereichen ganz besonders begrüßt, daß Bundeskanzler Helmut Schmidt mit seinem jüngsten Brief an den Generalsekretär der Vereinigten Polnischen Arbeiterpartei, Edward Giersek, erneut eine bundesrepublikanische Initiative ergriffen hat. Auch von der parlamentarischen Ebene der stärksten Regierungsfraktion aus dürfte mit weiteren flankierend-unterstützenden Initiativen in Richtung Warschau nach der Sommerpause zu rechnen sein. (-/5.8.1974/Vo/ee)

+ + +

Der Erfolg von Jamaica

Europa und die Dritte Welt kamen einander näher

Von Ludwig Fallermaier MdB

Obmann der Arbeitsgruppe Europäisches Parlament in der SPD-Bundestagsfraktion

In den Beziehungen zwischen der Europäischen Gemeinschaft (EG) und der Dritten Welt ist nach Beendigung der Konferenz von Kingston/Jamaica zwischen der Gemeinschaft und den Staaten Afrikas sowie des pazifischen und der karibischen Raumes (AKP) eine neue Seite aufgeschlagen worden. Nicht nur hat sich der Kreis der mit der EG assoziierten Staaten dadurch mehr als verdoppelt, sondern es ist dies unter zum Teil ganz neuen Bedingungen geschehen, die vielleicht eines der markantesten Zeichen für die Bereitschaft von Industriestaaten sind, der Notwendigkeit gerechterer wirtschaftlicher Beziehungen mit den Ländern auf der südlichen Halbkugel unserer Erde Rechnung zu tragen. Deshalb konnte auch der Leiter der deutschen Delegation, der Parlamentarische Staatssekretär im Auswärtigen Amt Hans-Jürgen Wischniewski, von der "großen internationalen Bedeutung" dieser Konferenz sprechen. Zwar sind nicht alle Forderungen der Entwicklungsländer erfüllt worden, aber die Neuner-Gemeinschaft ist ihnen - auch in prinzipiellen Fragen - doch recht weit entgegengekommen.

Ein Sonderfonds innerhalb des geplanten 3. Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) soll verhindern, daß die AKP-Staaten allzustarke Preiseinbrüche für ihre Ausfuhr an Roh- und Grundstoffen hinnehmen müssen, was für sie deshalb von besonderer Bedeutung ist, weil ihre Exporte sehr viel weniger diversifiziert, also aus wesentlich weniger Warenarten zusammengesetzt sind als die der EG-Mitglieder. Die AKP-Staaten haben zwar ihre Forderungen nach automatischen Preisausgleichen nicht durchgesetzt - den Europäern steckt die Erfahrung mit der Agrarmarktordnung begrifflicherweise zu sehr in den Knochen -, aber trotzdem eine wesentliche und prinzipielle Erneuerung erreicht.

Die EG hat erstmals ein Assoziierungsabkommen ohne gegenseitige Präferenzen abgeschlossen. Nachdem Frankreich seine "unrealistische" Forderung nach Reziprozität fallengelassen hat, müssen die AKP-Länder im Gegenzug für Zollfreiheit und Zollvergünstigungen in der EG nicht mehr ihre Märkte

für Produkte aus der Gemeinschaft öffnen. Damit wird ein Überschwemmen dieser Staaten mit Fertigwaren aus Europa verhindert und eine Chance für den Aufbau eigener Industrien geboten, was für die Entwicklung dieser Länder unerlässlich ist. Dies kann durchaus als Beispiel etwa für die USA und Japan in ihren Beziehungen zur Dritten Welt dienen.

In der Frage der Ursprungsregelung ist ebenfalls Einigkeit erzielt worden, weil die EG anerkannt hat, daß die strenge Handhabung dieser Regelung den Handel zwischen EG und den AKP-Staaten erschweren würde. Ein Ursprungszeugnis wird nun dann bereits vergeben, wenn durch die Verarbeitung eines Produkts im AKP-Staat ein "Tarifsprung" zu dem eingeführten Grundprodukt erreicht wird, also für das bearbeitete Produkt ein anderer Zollsatz gelten würde als für das ursprünglich eingeführte.

Die Rechnung der AKP-Staaten bezüglich des EEF ging zwar buchstäblich nicht auf, aber mit seiner Verdreifachung auf drei Milliarden Rechnungseinheiten (RE) sind sie dennoch zufrieden; ihnen sind die finanzpolitischen Schwierigkeiten der EG-Mitglieder nicht verborgen geblieben. Ihre ursprüngliche Forderung von acht Milliarden RE war von Anfang an unrealistisch.

Die AKP-Staaten haben in Kingston gezeigt, daß sie die ihnen gemeinsamen Interessen erkannt haben und bereit waren, sie selbstbewußt zu vertreten. Deshalb waren sie auch in der Lage, bis zum Schluß der Konferenz eine gemeinsame Front aufrechtzuerhalten. Dies ist besonders bedeutsam angesichts der Tatsache, daß zum erstenmal "frankophone" und "anglophone" Länder konsequent an einem Strang gezogen haben. Die Vertreter der Dritten Welt haben sich nicht teilen lassen in die ehemaligen Herrschaftsbereiche ihrer früheren Kolonialherren.

Die Europäische Gemeinschaft hat bewiesen, daß sie gewillt ist, den anders gelagerten Interessen der Dritten Welt Rechnung zu tragen. Es gab keinen Versuch zur "Spaltung" der Verhandlungspartner. Sie ist aber auch in sich gefestigt aus der Konferenz hervorgegangen. Niemand kann sich nun, nachdem sich ein großer Teil des Commonwealth an die EG angeschlossen hat, vorstellen, daß Großbritannien die Gemeinschaft der Neun verlassen könnte. Staatssekretär Wischniewski drückt die Meinung vieler aus, wenn er sagt, daß die Konferenz von Jamaika auch seine positiven Auswirkungen auf die weitere Entwicklung in der Europäischen Gemeinschaft selbst haben wird.

(-/5.8.1974/bgy/ks/ee)

+ + +

Kohl fing sich in Biedenkopfs Netz

Beamteninflation-Agitation traf den Richtigen

Der CDU-Generalsekretär Prof. Dr. Kurt Biedenkopf äußerte vor kurzem erneut seine Sorge über die "Aufblähung der Verwaltung als Hauptursache der Inflation". Er wie andere Unions-Christen sahen wieder einmal eine Chance, die sozial-liberale Bundesregierung auf die Anklagebank zu bringen und als Verschwender von Steuergeldern und Verursacher der Inflation abzustempeln. Es kam anders. Die Kampagne fand diesmal ein schnelles vorläufiges Ende, denn sie traf - sicher nicht beabsichtigt - zuallererst den CDU-Vorsitzenden und Ministerpräsidenten Dr. Helmut Kohl und brachte ihn sichtlich in Verlegenheit, als er im Landtag auf die Personalvermehrung in Rheinland-Pfalz angesprochen wurde. Wie sieht es dort nämlich aus?

Obwohl sich in Mainz seit 1969 - trotz des Ausscheidens der FDP nach dem CDU-Wahlsieg 1971 - keine grundlegende Änderungen ergeben haben, nahmen in Rheinland-Pfalz die Ministerialstellen nicht um 12 vH. zu, wie dies von den Unions-Parteien für Bonn konstatiert wurde, sondern um 21 vH.. Bei Kohls Staatskanzlei machte die Zunahme sogar 50,1 vH., bei seiner Bonner Landesvertretung 126,5 vH. aus. Die Zahl der Beamten des höheren Dienstes nahm in der Kohl-Kanzlei in Mainz in vier Jahren um 122, in der Bonner Dependence sogar um 150 vH. zu. Auch auf anderen Gebieten verzeichnen die Mainzer "Rekorde" der Personalvermehrung.

Dr. Kohl dazu an die Mainzer SPD-Landtagsfraktion: "Es gibt keine Anhaltspunkte, daß Prof. Biedenkopf seine Bemerkung auf das Beispiel des

Landes Rheinland-Pfalz' gründet, er hat vielmehr seine Kritik auf die Bundesregierung bezogen." Natürlich war sie das! Dr. Kohl vergaß aber hinzuzufügen, wie sehr er dennoch getroffen worden ist. Seine Antwort war der vergebliche Versuch, die CDU-Kampagne an sich vorbeizulenken. Kohl sah sich im Netz der CDU-Propaganda gefangen. Das bleibt zunächst festzuhalten.

Zur Begründung der Personalvermehrung in Rheinland-Pfalz äußerte Dr. Kohl dann auch noch Einsichten, die seinen Bonner Generalsekretär Biedenkopf und den CDU/CSU-Oppositionspolitikern im Bundestag offenbar fehlen, die man jedenfalls bei den Angriffen gegenüber der Bundesregierung vermisst. So stellte er fest: "Daß der Umfang tatsächlicher Aufgabenwahrnehmung durch den Staat gegenüber dem Jahre 1950 entschieden gewachsen ist, ist außer Zweifel. Der Aufgabenzuwachs in diesem Zeitraum ist zum großen Teil eine natürliche Folge der Summierung von Sozialgestaltungsauftrag, Rechtsstaatsprinzip, technischem und wirtschaftlichem Fortschritt, organisatorischer Dekonzentration staatlicher Machtausübung sowie umfassender Demokratieverwirklichung, die unseren Staat prägen."

Auch das wird gelegentlich wieder in Erinnerung gebracht werden müssen. Denn es ist zwar zu erwarten, daß es die parteistrategische Vernunft eines Prof. Biedenkopf gebietet, diese Kampagne vorerst nicht bundesweit forciert fortzuführen, die Hoffnung aber, daß das Thema jetzt ein für allemal auch von der Union sachlich behandelt wird, wäre verfrüht. Prof. Biedenkopf und andere in der CDU müßten erst lernen, daß man den Wählern nicht alles einreden kann.

Mit ihrem sparsamen Personalhaushalt wird die Bundesregierung es der Opposition jedenfalls weiter unmöglich machen, verlogene Kampagnen zu diesem Thema erfolgreich zu verkaufen.

Wolfgang Zeisig
(-/ 5.8.1974/ks/ee)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Erhardt Eckert